

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Dachenburg, Fernruf Nr. 72

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Sachenburg.

10. Jahrg.

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

21. Januar. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz in einzelnen Abschnitten gesteigerte Artillerietätigkeit. — In der Struma-Ebene verlaufen Vorfeldkämpfe für die Bulgaren erfolgreich.

Trostis Rückkehr nach Petersburg ist der Abschluß der Friedensverhandlungen mit der Ukraine auf dem Fuße erfolgt. Ob hier nur ein äußerlicher Zusammenhang vorliegt oder ob die Entfernung Trostis von Breit-Ostrowitz die Herren aus Kiew erst eigentlich in den Stand gesetzt hat, ihre Aufgabe nach eigenem Willen zu fördern und zu beendigen, kann dahingestellt bleiben; fact est, es genügt uns die Thatfache, daß im Osten nunmehr wirklich das Morgenrot einer neuen Zeit angebrochen ist. Noch fehlen die formellen Unterchristen unter den Vereinbarungen, die binnen kürzester Zeit nachgeholt werden sollen, aber die Unterhändler sind offenbar mit dem Bewußtsein auseinandergegangen, daß sie nicht umsonst gearbeitet haben, und daß in der Tat „Friede und Freundschaft“ zwischen den von ihnen vertretenen Ländern vor der Thür stehen. Damit ist ein großer Schritt nach vorwärts getan.

Genu genommen ist allerdings die Ukraine nicht das erste Land, das losgelöst von der Zentralregierung in Petersburg sich in uns verhängt hat. Mit gutem Beispiele vorangegangen ist bereits zu Anfang des Jahres das frühere Großfürstenthum, die jetzige Republik Finnland. Hier bedurfte es indessen keiner besonderen Friedensverhandlungen. Das Land war während des Krieges von den Russen wie ein besiegtes Gebiet behandelt worden, eine unmittelbare Kampfberührung mit uns fand nicht statt, so hoch nach Norden stiegen die Frontlinien nicht hinauf, und als ihm die Revolution die völlige Kastrennung von Rußland ermöglichte, konnten seine Vertreter ohne jede Schwierigkeit über das neutrale Schweden den Weg zu uns finden und von der deutschen Regierung die Anerkennung der Selbstständigkeit ihres neuen Staatsweins erbitten. Nach kurzer Bedenkfrist wurde sie ausgiebig ouch, und seitdem leben wir mit diesem ehemals russischen Lande im besten Gvinnern. Anders liegen die Dinge mit der Ukraine. Hier handelte es sich um eine Reihe von russischen So vernements, deren wichtigste dem Kriegsschauplatz mehr oder weniger unmittelbar benachbart lagen, die zum Teil von der Frontlinie direkt durchschnitten wurden und im Grunde nicht mehr anstreben als eine verwaltungsstechnische Zusammenfassung ihres Gebiets unter Gewährung weitgehender Selbstbestimmungsrechte. Erst nach und nach erweiterten sich diese Absichten bis zu voller staatlicher Selbstständigkeit, während es auch jetzt noch nicht ganz ausgemacht ist, ob die Verbindung mit dem russischen Gesamtstaate wirklich mit Stumpf und Stiel gelöst werden soll. Die Ukrainer sind offenbar von der Macht der Ereignisse über jene Linie hinausgedrängt worden, die sie ursprünglich aus Rücksichtungsgründen einhalten wollten. Niemand kann wissen, wie lange es dauern wird, bis in Petersburg und Moskau wieder dauerhafte Zustände geschaffen sein werden, und so lange untätig zu warten, ist nicht jedermanns Sache. Vor allem nicht Sache der Ukrainer, die doch mehr Sinn für staatliche Ordnung und für den Ergen freundlicher Nachbarbeziehungen ihr Eigen nennen als er ansehnend bei den Maximalisten anzuweisen ist. So entstanden die Bevollmächtigten zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk, die offenbar Anweisung empfangen hatten, ihr Verhalten je nach dem Auftreten der Trozki und Genossen einzurichten. Grundtätig sollte an dem Standpunkt, daß die Ukraine nur weitgehende staatliche Selbstständigkeit innerhalb des Rahmens einer großrussischen Gesamtrepublik anstreben, festgehalten werden, wenn aber die Petersburger Delegierten sich unersöhnlich zeigten und das baldige Zustandekommen des Friedens gefährdeten, so sollte jede Rücksichtnahme auf sie fallengelassen werden. Also befaßten sie sich nicht einen Augenblick. In vertraulichen Besprechungen mit den Vertretern des Vierbundes gingen sie geraden Weges auf ihr Ziel los: einen vernünftigen, ehrenvollen und Dauer versprechenden Frieden zu suchen. So unfruchtbar die spitzigen Redekämpfe zwischen Rühlmann und Trozki sich ausnahmen, so ergiebig waren die rein auf das praktische gerichteten Verhandlungen mit den Vertretern dieser neuen Republik. Auch sie besaßen theoretisch vorzüglich geschulte Leute, aber Männer, die sich nicht einbilden, daß es ihnen am Verhandlungstische gelingen könnte, die bürgerlichen Staaten, mit denen sie es zu tun hatten, durch revolutionäres Vercede aus dem Sattel zu heben. Mit ihnen sprach man von Waren Austausch und Preisbestimmung, von Schutzvöllen und Staatsmonopolen.

und ehe man sich's recht verlaß, war die Einigung über alle Hauptfragen erreicht. So kann jetzt an die Unterzeichnung des Paktes geschritten werden.

Damit ist noch nicht viel, aber doch immerhin etwas erreicht. Wir dürfen natürlich nicht vergessen, daß die Ukraine noch ein unfertiges Staatsgebilde ist, das erst noch durch eine Zeit harter Arbeit an sich selbst hindurchgehen muß, ehe es seine Kräfte nach außen hin voll wird entfalten können. Sie wird sich auch gegen ihr Stamm-land nicht so abzuschießen vermögen, das dessen unruhe-volle Schicksale sie nicht mitberühren könnten. Und die Entente wird gewiß die Hände nicht in den Schoß legen, sondern der jungen Republik so viele Schwierigkeiten zu bereiten suchen, daß sie alles andere als ein leichtes Leben haben wird. Aber trotz alledem: nur dem Mutigen gehört die Welt, und an dieser Charaktereigenschaft fehlt es den Männern nicht, die das Schicksal der Ukraine in ihre Hand genommen haben. Sie haben der Welt bewiesen, daß der Friede zu haben ist, wenn man ihn nur ehrlich will, und daß die Mittelmächte nicht daran denken, Bedingungen zu stellen, die von irgendeinem ihrer Beges als unerfüllbar bezeichnet werden dürfen. Das ist ein Gewinn, der hoffentlich fortan werden wird. Lernen wir ab, wer sich als nächster melden wird, um dem Beispiel der Ukraine zu folgen.

Die vorläufigen Bedingungen.

Die Bedingungen, die als Grundlage für den abzusließenden Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und der Ukraine festgelegt wurden, lauten:

Der Kriegszustand soll als beendet erklärt und der
Entschluß der Parteien bekräftigt werden, fortan in
Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Die an der Front einander gegenüberstehenden Truppen sollen mit Friedensschluß zurückgezogen werden.

Alle Beteiligten sind darüber einig, daß der Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines geregelten, wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorstufe zu treffen haben wird.

Auch diplomatische und konsularische Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden.

Auf beiden Seiten war man sich darüber einig, daß die zur Verhandlung mit den heimischen verantwortlichen Stellen notwendige Ausweisung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen wird. Bei allen Abordnungen erklärte man sich deshalb bereit, sofort nach Brei-Litomisch zurückzukehren und sodann im Rahmen der erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Aber die Stilllegung der Betriebe wurde im Ausschuss des Reichstags für Handel und Gewerbe die Ausrufung geschlossen. Die Parteien einigten sich auf einen gemeinsamen Antrag, der den Reichskanzler erlucht, daß Still- und Zulammenlegungen nur bei dringender Kriegsnotwendigkeit und nur vom Reichswirtschaftsamt nach Anhörung der Landeszentralbehörden verfügt werden, wobei keine Benachteiligung von Kleinbetrieben gegenüber Großbetrieben stattfinden soll. Für die Übergangszeit sollen Maßnahmen getroffen werden, um den im Kriege stillgelegten Betrieben tunlichst bald wieder aufzuhelfen, namentlich durch gleichmäßige Zuteilung von Rohstoffen und Betriebsmaterialien.

4. Der Bundesrat hat eine Erhöhung der Renten aus der Unfallversicherung beschlossen. Die Empfänger von Verletzten-Renten aus der Unfallversicherung können danach eine monatliche Zulage von 8 Mark zu ihrer Rente beantragen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: 1. Die Rente, die der Verletzte gegenwärtig bezieht, muß mindestens eine solche von zwei Dritteln der Volkrente sein. 2. der Verletzte muß sich im Inland aufhalten; 3. es dürfen nicht Lasten vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

+ Mit einer Sondervertretung der Bundesstaaten bei den Friedensverhandlungen in Vrest-Litauß wird von verschiedenen Seiten gerechnet, nachdem Bayern einen Vertreter abgeordnet hat. Die Nordd. Allg. Ztg. hat schon kargetellt, daß die Entsendung des Ministers a. D. v. Bobewiß nach Vrest auf Grund eines der Reservatrechte geschieht, die Bismard 1870 den Bayern wegen des Anschlusses an den Norddeutschen Bund und des späteren Eintritts in das neue Deutsche Reich zugestand. Da andere Bundesstaaten über ähnliche Reservatrechte nicht verfügen, entfällt jene Vermutung.

+ Das Gerücht, daß deutsche Kohlen für Italien geliefert werden, ist, wie halbamtlich festgestellt wird, nicht den Tatsachen entsprechend. Süddeutsche Blätter hatten behauptet, daß Deutschland nicht nur an die Schweiz, sondern auch an Italien Kohlen liefert, und daß insbesondere die in der Schweiz aus Deutschland eingegangenen Kohlensendungen nach Italien umgeladen werden. Daß Deutschland nach Italien keine Kohlen liefert, ist selbstverständlich; dafür, daß nach der Schweiz geliefert

Röhren nicht nach Italien weitergehen, ist unbedingte Vor-
bedingung getroffen.

Schweiz.

✱ Die Urakuen in Zürich, die deutschfeindlichen Charakter trugen, haben jetzt ihre gerichtliche Sühne gefunden. Das Berner Militärgericht verurtheilte die Angeklagten Nishner, Adlin, Leonis Rascher, Bartel, Neuburger und Weibel wegen Missetheils im Komplott und Gehilfschaft hierzu zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu zehn Monaten und den Ehrenfolgen. Adlin wurde vom Grade eines Oberleutnants entsezt. Weibel vier Jahre des Vorurtheils verwiesen.

Oesterreich-Ungarn.

* Auf eine Anfrage im ungarischen Abgeordnetenhaufe erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung auf dem Standpunkt eines annerkennungs- und kontributionslosen Friedens stehe und wies auf die betreffende Erklärung des Ministers des Äußeren hin. Auf diesem Standpunkte stehe jedes amtliche Organ der Monarchie, vor allem der König. Er könne nicht verhehlen, daß die Anforderungen des Fragestellers nicht zur Kräftigung dieses Standpunktes dienten, sonst hätte er nicht die Frage Glas-Löffelringens aufgeworfen. Unsere Friedensbestrebungen würden dadurch sehr geschwächt, daß unverantwortliche Faktoren fortwährend forderten, daß der Friede so schnell als möglich geschlossen werde. Dies könne bei den Feinden die Annahme hervorrufen, als ob diese Forderung in geschwächter Kraft begründet sei.

x Über die Reform des Gemeindevahlrechts in Oesterreich gab Ministerpräsident Dr. v. Seidler in einer Unterredung mit den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft die Erklärung ab, daß eine Reform nur unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern ins Auge gefaßt und durchgeführt werden könne. Dieser Vorbehalt sei dahin aufzufassen, daß sowohl die in Rücksicht gestellte Einbringung der die Neuordnung des Gemeindevahlrechts betreffenden Regierungsvorlagen in den einzelnen Landtagen wie auch die grundsätzlich zugesicherte Forderung der aus dem Schoße der autonomen Vertretungen an die Regierung gelangenden Vorschläge nur in der Form erfolgen werde, daß der nationale Besitzstand keine Gefährdung erleide.

Schweden.

× Die Wirtschaftsverhandlungen der nordischen Reiche werden weitergeführt. Die schwedischen, norwegischen und dänischen Delegierten zur Ausarbeitung eines Vorschlages zum vergrößerten Barenaustausch zwischen den drei Ländern hielten wiederum vom 17. bis 20. Januar in Stockholm gemäß dem Beschlusse der vorigen Konferenz in Christiania Sitzungen ab. Schweden wird nach der getroffenen Vereinbarung hauptsächlich Baren aus Eisen, Stahl und Holz, gewisse Maschinen und Papiermasse liefern, Norwegen Salpeter, andere chemische Erzeugnisse, Fische, Brennholz, Chemikalien und Metalle, Dänemark Getreide, allerlei Lebensmittel, Häute und Samen. Auf Einladung der dänischen Delegierten werden die Delegierten im Februar in Kopenhagen wieder zusammen-treten.

Großbritannien.

x Der Ausbau des nationalen Hilfsdienstes beschäftigt das Unterhaus. Die Regierung erklärte, das ursprüngliche Gesetz habe die Eintragung derjenigen nicht vorsehender, die nach dem 5. August 1915 15 Jahre alt wurden. Man schätze, daß heute 750 000 junge Leute zwischen 15 und 17½ Jahren vorhanden seien. Es sei nicht beabsichtigt, junge Leute unter 19 Jahren an die Front zu schicken, aber sie seien unermessenbar für industrielle Zwecke nützlich. Es werde auch vorgeschlagen, die Angehörigen der Flotten- und militärischen Streitkräfte in Listen einzutragen, die, wenn auch zu weiterem Komplex untauglich, doch für irgendwelche industrielle Beschäftigung fähig seien und eine solche wünschten.

Italien.

x Römische Blätter sprechen von einer bevorstehenden Spaltung der Sozialisten, die sich infolge der verschiedenen Stellungnahme zur Friedensfrage als notwendig herausgestellt habe. In einer sozialistischen Bundesversammlung lehnte die Mehrheit die maximalistischen Vorschläge auf Einbringung einer Friedensentscheidung in der Kammer ab. Entgegen den Ausführungen der Mehrheitsredner behauptete die Minderheit, die neuen Reden Lloyd Georges und Wilsons seien nicht demokratischem Idealismus entsprungen, sondern durch die militärische, wirtschaftliche und politische Lage bedingt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 21. Jan. Staatssekretär v. Kühlmann ist aus
Brest-Litowsk hier eingetroffen.

Berlin, 19. Jan. Der Direktor der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Johannes, ist aus Breit-Witowitz hier eingetroffen, um über den Gang der wirtschaftspolitischen Verhandlungen zu berichten.

München, 19. Jan. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat das Reichsfinanzamt alle Vorbereitungen für die achte deutsche Pfandbriefanleihe getroffen, die im März ausgesetzt werden soll.

Stuttgart, 21. Jan. Der württembergische Landtag tritt Mitte Februar wieder zusammen.

München, 21. Jan. Das bayerische Königs-paar wünscht, daß die Feiertage seiner goldenen Hochzeit am 20. Februar in einfacher Weise begangen werde.

Wien, 21. Jan. Die gemeldeten Teilschicks in Wien und anderen Städten Österreichs sind nach kurzer Dauer durch eine Verständigung mit den Arbeitern über deren Forderungen beigelegt worden. Die Arbeit wurde heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Wien, 21. Jan. Die Gerüchte von einem Rücktritt des Kabinetts-Sekretärs sind unzutreffend.

Budapest, 21. Jan. Der ungarische Ministerpräsident Wekerle ist mit der Umbildung des Kabinetts beauftragt worden. Auch das neue Kabinett wird sich zur Wahlreform bekennen.

Wien, 19. Jan. Im Budgetausschuß des Abgeordneten-hauses sagte der deutsch-radikale Abg. Wolf, Graf Czernin müsse bei den Verhandlungen in Vrest-Litomitz immer der Bitte eingedenk bleiben, die Österreich vom Deutschen Reich in der Kriegszeit gebracht worden sei.

Bern, 19. Jan. Der Bundesrat hat die Herausgabe des Blattes „L'Ordre“ eine französische Gründung, die unter Mißbrauch von Namen angelegener Schweizer in Handelsblätter für den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland nach dem Kriege Propaganda machte, für die Dauer des Krieges verboten.

Rotterdam, 21. Jan. Die englische Regierung hat den holländischen Protest wegen der Verfertigung des Dampfers „Elo“, das durch englische Kriegsschiffe gesunken worden war, durch das deutsche Seegericht zu fahren und dort durch ein deutsches U-Boot versenkt wurde, abgelehnt.

Amsterdam, 21. Jan. Die japanische Regierung hat mehrere Kriegsschiffe nach Vladivostok entsandt, um den Hafen zu verriegeln.

Konstantinopel, 21. Jan. Teheraner Blättermeldungen zufolge ist das Kabinett Ali aus Dauleh vermutlich infolge englischer Nachschüssen in Südpersien zurückgetreten.

Madrid, 21. Jan. In Alicante traten die Arbeiter plötzlich in den Streik. Es kam zu Straßenkämpfen, in deren Verlauf drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Genf, 21. Jan. Der Widerstand gegen Clemenceau in der Kammer wächst derart an, daß die rechtsstehenden Organe mit der Möglichkeit der Freilassung Caillaux rechnen.

Petersburg, 21. Jan. Der frühere Minister Kurikoff ist zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wenn er sich jedoch am Ende eines Jahres einverstanden erklärt, sich jeder Tätigkeit gegen die Soldaten zu enthalten, soll ihm der Rest der Strafe erlassen werden.

Yugawo, 21. Jan. Aus Grund eines Verlasses müssen die feindlichen Untertanen in Italien schließlich an den Orten wohnen, die ihnen von der Polizeibehörde angewiesen werden.

London, 19. Jan. Die Admiralität teilt mit: Zwei britische Torpedoböller sind bei der Rückkehr zu ihren Stützpunkten während heftigen Schneesturms in der Nacht vom 12. Januar an der schottischen Küste gescheitert und mit Mann und Maus untergegangen. Nur ein Matrose wurde gerettet.

Der Wiener Angriff auf Fürst Bülow.

Berlin, 19. Januar.

Nabezu neun Jahre lebt Fürst Bülow in der Stille, fern vom politischen Getriebe und er ist auch aus dieser Zurückhaltung nicht herausgetreten, wenn es galt, sein Wort als Staatsmann gegen herbe Kritik oder Mißverständnisse zu verteidigen. Heute ist des Reiches vierter Kanzler in aller Munde. Und der stille Staatsmann ist plötzlich der Mittelpunkt eines Meinungsstreites geworden, der nicht beifällig toben könnte, wenn er erneut zur Reichsleitung berufen worden wäre. Was ist die Wäre?

Auch heute wieder muß man sich, um den Streit um Bülow zu verstehen, an die Krisen der jüngst vergangenen Tage erinnern, in denen das Feldgeschrei der Presse, der berufenen und unberufenen, für oder wider Bülow lautete. Weiße Kreise im deutschen Vaterlande haben mit Bedauern, daß in dieser leidenschaftlich erregten Zeit eine staatsmännische Kraft, wie die des Fürsten Bülow, fehlen muß und es ist schließlich nicht zu verwundern, wenn sein Name immer wieder von den Gegnern genannt wird, die an seine Staatskunst glauben, ebenso wie es verständlich ist, daß seine Gegner seine Rückberufung in der einen oder anderen Art nicht wollen, weil sie die „gepanzerte Faust“ für die Friedensverhandlungen fürchten, die der frühere Kanzler manchmal zu zeigen wußte. Das aber ist eine innerpolitische Sache, die nur innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches auszufechten sei.

Was dem neuesten Bülowstreit eine besondere Note verleiht, ist die Tatsache, daß ein Angriff auf unseren Staatsmann aus Österreich kommt: Das Wiener „Fremdenblatt“ erhebt Einspruch gegen die Möglichkeit, daß Fürst Bülow nach Vrest-Litomitz entsandt wird. Wie man nun immer zu dem ehemaligen Kanzler stehen mag, niemand wird sich damit einverstanden erklären, daß seine Ablehnung aus Wien kommt, von dem Organ, das gleichsam das Sprachrohr des Ministeriums des Äußeren ist. Man sollte in Wien nicht vergessen, daß es Fürst Bülow war, der dem Minister Abrenthol in der bosnisch-herzegowinischen Krise das Rückgrat stärkte, und daß er es war, dessen geschickte Unterhandlung in Rom die Kriegserklärung Italiens hinauszögerte, bis die Durchbruchschlacht von Tarnow-Gorlice geschlagen war. Aber abgesehen davon, auch wir enthalten uns jeder Kritik österreichischer Staatsmänner und würden nie den Versuch machen, ihre Ablehnung zu erzwingen oder ihre Berufung zu verhindern, unbeschadet unserer engen Bundesgenossenschaft.

N. 2. 3. gegen das „Fremdenblatt“.

Hochoffiziers schreibt die Nordd. Allg. Ztg. in ihres heutigen Abendausgabe:

Wie wir hören, wird in amtlichen Kreisen der Vorstoß des Wiener „Fremdenblatts“ gegen den Fürsten Bülow durchaus mißbilligt. Eine Absicht des Fürsten, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Schwierigkeiten zu bereiten oder an seine Stelle zu treten, ist hier nicht bekannt. Sollten derartige Gerüchte von Leuten verbreitet werden, die es sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheinen, unseren Unterhändler in Vrest-Litomitz in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihm bei Erfüllung seiner schweren Aufgabe Schwierigkeiten zu bereiten, so steht fest, daß Fürst Bülow diesem Treiben fernsteht. Es ist bedauerlich, daß von der Presse des verbündeten Landes diese Angelegenheit in einer Weise behandelt worden ist, die einer Einmischung in deutsche Angelegenheiten nahekommt. Es ist daher begreiflich, daß die deutsche Presse — unabhängig von ihrer Stellung zu der politischen Persönlichkeit des Fürsten Bülow — sich hiergegen wendet.

Belagerungszustand und Zensur.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, 19. Januar.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute die Beratung über Belagerungszustand und Zensur fort. In besonders scharfer Weise äußerten sich, indem sie auf viele Mißgriffe, besonders auf das (inzwischen wieder aufgehobene) Verbot der Sardenischen „Zukunft“ hinwiesen, die sozialdemokratischen Abgeordneten Heine und Haase über die Handhabung der politischen Zensur. Abg. Heine empfiehlt einen von ihm ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über den Kriegszustand. Danach soll die Verhängung des Belagerungszustandes nur zulässig sein in Gebieten, die teilweise vom Feinde besetzt sind. Für die ergreifenden Maßnahmen ist die obere Verwaltungsbehörde zuständig, gegen deren Entscheidungen die Berufung zulässig ist.

Nach dem Kriegsminister v. Stein, der die Zensur verteidigt, führt auch der Abg. Senda (Volk) Beschwerde über Zensurmaßnahmen. Ebenso der Abg. Erdberger (Sentr.).

Zur Beratung des Antrags Heine wird ein gegengliederiger Unterausschuß eingesetzt.

Abg. Freiherr v. Camp kritisiert den Erlass des preussischen Ministers des Innern betr. das Verhalten der Beamten gegenüber der Vaterlandspartei, die nicht politisch sei.

Dienstag Weiterberatung.

Der Etat im preuß. Abgeordnetenhaus.

(109. Sitzung.)

KK. Berlin, 19. Januar.

Im Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Etats. Sie wurde vor nur mäßig belebtem Hause durch eine längere Rede des Eisenbahnministers v. Breitenbach eingeleitet. Der Eisenbahnminister rechtfertigte die für den 1. April geplante Erhöhung der Tarife für den Personen- und Güterverkehr mit der ungeheuren Steigerung der Ausgaben, die 40% betrage, während die Einnahmen nur um 20% gestiegen seien. Die Hoffnung, daß sich eine Erhöhung der Tarife während der Kriegszeit vermeiden lassen, habe sich nicht erfüllt; die Erhöhung sei notwendig, um wenigstens annähernd einen Ausgleich zu schaffen.

Der konservative Redner Abg. Winkler begann mit einem Rückblick auf den früheren Finanzminister Henke und einer Begründung des Finanzministers Dergt, des neuen Herrn im Amte. Namentlich sein Bekenntnis zur Kraft Breuens, zum deutschen Siegeswillen und wohlgegründeter Siegesgewißheit hat ihm in der Rede des neuen Finanzministers besonders gefallen. Der Redner verlangte dann, daß die besonderen Interessen Breuens, des größten deutschen Bundesstaates, bei den Friedensverhandlungen mit Ausland im Geiste der Versöhnung Bedacht würden und sich durchbilden, daß er die Verteidigung eines besonderen Vertreters zu den Friedensverhandlungen nach Vrest-Litomitz für mindestens zwei Jahre. Die Aufkündigung des Ministeriums, daß der altpreußische Seefanal gebaut werden solle, nehme er freundlich auf.

Die Bewegung der Valuta.

Der Redner kommt dann auf die Valuta zu sprechen und bezieht sich auf eine Auffassung des Hr. v. Hase. An seinen Kurven zeigt sich die ganz auffällige Tatsache, daß manche Dinge, die bei uns als sehr wichtig empfunden wurden, so z. B. die Zeit, als die Kriegserklärungen auf uns niedergefallen, unsere Valuta in verhältnismäßig recht geringem Maße beeinflusst haben, daß aber die Valuta ganz rasch gefallen ist, wenn irgendwelche Äußerungen von berufenen oder unberufenen Seite in Deutschland in das neutrale Ausland hinauskommen, und die Vorstellung von einer Bereitwilligkeit Deutschlands erworben, um jeden Preis Frieden zu schließen. Professor Hase führt aus, daß, wenn unser erstes Friedensangebot keine Rücksichtnahme hervorgerufen habe, das deshalb der Fall war, weil es einmal das erste war und überdies zu einer Zeit erfolgte, wo gerade die erfolgreichsten Schlagen in Rumänien Zeugnis ablegten von Deutschlands ungebrochener Kraft; die fortgesetzten Friedensangebote schädigten unsere Valuta fortwährend, die ungeliebte Reichstagsentscheidung habe, am Schwedenkurs gemessen, mehr als 20mal so schädlich gewirkt als die Kriegserklärung Rumäniens und mehr als zehnmal so schädlich als die Kriegserklärung Amerikas. Redner begrüßt die Aufkündigung des Finanzministers, daß unseren Staatsbeamten das Durchhalten durch diese schwere Zeit erleichtert werden soll.

Die Steuern der Gemeinden.

Der Redner fährt dann fort: Die Ausführungen des Finanzministers über die Notwendigkeit, die direkten Steuern den Einzelstaaten und Gemeinden zu überlassen, haben uns sehr angenehm berührt und das um so mehr, als fälschlich in einem offiziellen Artikel zu lesen war, daß bei der neuen Finanzgesetzgebung tiefe Eingriffe in die Finanzen der Einzelstaaten und Gemeinden unvermeidlich sein würden. Wie sollten unsere Einzelstaaten und Gemeinden bestehen, wenn man Pläne wie eine großartige Vermögenskonfiskation zur Deckung eines Teiles der Kriegskosten in die Wirklichkeit umsetzen wollte?

Abg. Dr. Schmiedding (Sentr.): Die hoffnungsvollen und zuverlässigen Darstellungen des Finanzverhältnisses in Preußen und der gesamten Lage des Reiches durch den Finanzminister haben uns außerordentlich sympathisch berührt. Etwas ist die günstige wirtschaftliche Entwicklung der beiden letzten Jahre. Es ist zu erwarten, daß sie in gleicher Weise auch im Jahre 1918 fortwirken werden. Wir danken dem Finanzminister für die Erklärung, daß er sich einem Eingriffe des Reiches in die direkten Steuern widersetzen wird. Die Fürsorge für die Beamten muß noch ausgebaut werden. Die günstige Entwicklung der preussischen Finanzen im Kriege beweist, wie berechtigt der Ruf der soliden preussischen Finanzverwaltung in der Welt gewesen ist.

Abg. Dr. Köchling (natl.): Ob der Versuch, einen positiven Etat aufzustellen, gelungen ist, läßt sich noch nicht sagen. Unser Staatshaushalt ist für alle Fälle gerüstet. Bei der Wiederherstellung unserer Eisenbahnen darf nicht geizig werden. Die Wasserstraßen müssen weit mehr als bisher ausgebaut werden. Vor allem muß der Mittellandkanal vollendet werden, aber auch die östlichen Wasserstraßen zur Verbindung mit dem Königreich Polen. Gegenüber der Erklärung des Finanzministers über die Einkommen- und Vermögenssteuer der Bundesstaaten muß man nach allen Erfahrungen schon etwas skeptisch sein. Aber die Einzelstaaten können nur bestehen, wenn sie ein gewisses Maß finanzieller Bewegungsfreiheit behalten. Der vom Minister angekündigten Erbschaftsteuer stehen wir freundlich gegenüber, denn sie ist nicht nur gerecht, sondern sie ist auch die beste Kontrolle der Steuerleistung des Verstorbenen. Ein Verzicht auf Erbschaftsteuer würde zur Vermögenskonfiskation führen.

Des weiteren bezieht der Redner den kommenden wirtschaftlichen Frieden, bei dem sowohl den Bundesgenossen gegenüber als auch gegenüber Ausland unsere Interessen gewahrt werden müssen. In Verbindung damit müssen sobald wie möglich die Fesseln unseres Wirtschaftslebens gelöst werden. Den Beamten muß schnell und durchgreifend geholfen werden. Den Mittelschichten muß das Einatmen in das Brokariat unbedeutend erspart werden.

Abg. Wehring (U. Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Finanzministers zur auswärtigen Politik und erhebt Beschwerde über die Zensur.

Abg. Frhr. v. Sehlis (ref.) führt aus, daß wir uns in vollem Einklang mit Reichs- und Völkervereinigung und völlig frei fühlen von allen Bindungen der Reichstagsentscheidungen vom 19. Juli und der Antwort auf die Botschaft. Alle Volksteile, einschließlich der Sozialdemokraten, haben den unerlöschlichen Willen, nicht nur durchhalten, sondern zu siegen. (Beifall.) Mit allem Nachdruck müßte aber die Ausführungen des Abg. Korfanto im Verlaufe des Ausschusses zurückgewiesen werden, der verlangte, daß die Beziehungen des preussischen Staates zu seinen politischen Staatsbürgern unter internationale Kontrolle gestellt werden sollen. Das würde gegen die Souveränität des Staates verstoßen.

Gegen den Güterankauf.

Mit scharfen Worten wendet sich der Redner zum Schluß seiner Ausführungen gegen den Güterankauf durch Kriegsgewinnler und schlägt vor, eine Zeitlang die Gründung von Güterankäufen zu verbieten. Breuens muß auch für die Zukunft das Rückgrat Deutschlands bleiben.

Finanzminister Dergt wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Wehring. Der Abg. Dr. Wehring hat gesagt, was ich denn wüßte, daß die große Armee von jenseits des Ozeans nicht überkommen würde. Wehring Herr Dr. Wehring, denn nicht von unierem U-Boot-Krieg, den wir seit sechs bis elf Monaten führen? Nicht, daß dem Gegner die Seemacht von Tag zu Tag mehr fehle, daß zum Transporte einer großen Armee Hunderte von Schiffen fehlen? Gewissen kann ich das allerdings nicht, aber ich bin sehr überzeugt, daß die Armee nicht überkommt. In der Fürsorge für Ostpreußen werden wir nicht erlahmen. Bei den Feuerungsanlagen sollen auch die Bedürfnisse der Beamten bedacht werden.

Abg. Köchel (Soz.): Wir wollen nicht in die Verhandlungen in Vrest-Litomitz eingreifen, weil wir die Verhältnisse nicht überblicken können.

Auch wir üben patriotische Zurückhaltung. Unsere Finanzlage ist günstig. Hätten wir diese günstige Finanzlage vorausgesehen, so hätten wir die Steuerzuschläge nicht bewilligt. Jedenfalls verlangen wir jetzt ihre Aufhebung. Zum Schluß verabschiedet sich Redner dagegen, daß in der Wahlreform die Zensusausgleichsfrage zuerst beraten werde, und verlangt, daß dieser Beschluß geändert werde. Weiterberatung: Montag.

(110. Sitzung.)

KK. Berlin, 21. Januar.

Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es heute bei der weiteren Beratung des Haushaltsplanes zu einer den üblichen Umfang übertreffenden und weit ausholenden

Aussprache über politische Fragen.

Der Verlauf der dreier Verhandlungen und die Tatsache, daß auch der diesjährige Haushaltsplan wieder die Punkte enthält, in denen die zum Schutze des Deutschlands in der Ostmark notwendigen Mittel angefordert werden, gab dem politischen Abg. v. Trampczanski Gelegenheit, eine Reihe von Fragen zu stellen, die weit über die preussischen Landesangelegenheiten hinausgehen und sich in den Gebieten der hohen Politik bewegen.

Der politische Redner stellte sich bei der Besprechung der Friedensfrage auf den Boden der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli und suchte einen Gegensatz hervorzuheben zwischen dem Inhalt dieser Entscheidung und dem Verhalten der Unterhändler der Mittelmächte in Vrest. Wer seinen Nachbarn wolle, müsse auch den Grundsatze einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in den Fragen des Schutzes der politischen Minderheiten anerkennen. Weiter schilderte Abg. Trampczanski die österreichische Lösung der Nationalitätenfrage als vorbildlich und setzte ihr das Verhalten der Reichstagsentscheidung gegenüber, die aus nationaler Verblendung heraus sogar die vom König angelegte Wahlreform sabotierte.

Preußens unantastbares Selbstbestimmungsrecht.

Für die Regierung antwortete der Minister des Innern Dr. Dergt und hielt vorbehaltlos und lädenlos an dem Grundsatze der Selbstständigkeit eines jeden Staates und Völkers für die Regierung seiner inneren Angelegenheiten fest. Schiedsgerichte könnten immer nur zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Staaten und den Völkern gelten, während es sich um ein und das selbe in seine inneren Verhältnisse von einem anderen hineinreden lassen müßte. Dieses Vokalentum lehnte der Minister ein für allemal als untragbar und völlig indiskutabel ab. Auch der die und da gedauerte Gedanke einer Art Autonomie für Westpreußen und Polen land in dem Minister den gleichen grundsätzlichen Widerstand, da dieser Gedanke mit dem Grundsatze der Einheitlichkeit des preussischen Staatswesens unvereinbar sei. Der Minister schloß mit der Aufforderung an die Preußen politischer Junge, jeden Gedanken einer Trennung vom Reiche endgültig zu begraben und damit die Politik des Entgegenkommens auch fernerhin zu ermöglichen.

Der konservative Abg. Dr. Dörsch ging auf die Votenfrage nur mit wenigen Worten ein. Er beschränkte sich darauf, die Forderung eines internationalen Gerichtshofes für innerpreussische Angelegenheiten als unmöglich zurückzuweisen. Im übrigen schilderte er die Ernährungsbeschwerden unserer Reinde, die viel schlimmer seien als die Ernährungsnot in Deutschland und schloß mit längeren Betrachtungen über die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung unter allen Umständen zu fördern.

Der neue Landwirtschaftsminister v. Eickenhardt-Rothe sprach einige kurze Einführungsworte, in denen er jede nur mögliche Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zusagte. Der Fortschrittler Dergt erörterte die Wichtigkeit einer ausreichenden Zuteilung von Stiefelhändlern an die Landwirtschaft. Von dem nationalliberalen Abg. Dr. Trapp wurde die Forderung einer gerechten und gleichmäßigen Steuerveranlagung in Stadt und Land noch einmal unterstrichen und die Regierung nach ihrer Stellung zum Ausbau des preussischen Wasserstraßennetzes gefragt.

Der sozialdemokratische Abg. Gaenisch spricht für verbündende Politik gegen Polen und Dänen, klagt über Zensur und Belagerungszustand und wendet sich gegen das System Waldow. Als deutsche Sozialdemokrat, sagt der Redner, wünschen wir einen Frieden, der Deutschland unverletzt, unabhängig und in ungehinderter Entwicklungsfreiheit erhalte. Eine ellag-lothringische Frage besteht für uns nicht. Gleichwohl ist und bleibt deutsches Land.

Abg. Dergt (Sentr.) fordert zu vermehrtem Ausbau von Kartoffeln auf.

Nächste Sitzung morgen.

Die Lage im Osten.

Über die Lage in Rußland erfahren wir, daß die Meldungen aus Petersburg selbst an der russischen Front als ein neuer Beweis angesehen werden dafür, daß die Maximalisten entschlossen sind, ihre Macht unter allen Umständen, wenn es sein muß, mit Waffengewalt aufrecht zu erhalten. Petersburg soll sich vollständig in den Händen der Roten Garde befinden. Die Vorgänge in der Hauptstadt werden selbst von den russischen Truppen als ein schrecklicher Widerspruch gegenüber den Theorien vom Selbstbestimmungsrecht usw. angesehen, die die Führer der Bolschewiki in Vrest-Litomitz vertreten haben.

Westblatt für den 22. Januar.
Sonnenaufgang 8⁰⁰ | Monduntergang 4¹¹ B.
Sonnenuntergang 4²⁴ | Mondaufgang 12¹¹ B.
1860 General Karl v. Rittmann geb. — 1900 Wholker Hughes,
Erfinder des Tapendrucktelegraphen, gest. — 1901 Königin Victoria
von England gest. — 1916 Die Österreichischen besetzen die monte-
negrinischen Höhen Antivari und Dalgina.

Westblatt für den 23. Januar.
Sonnenaufgang 7²⁸ | Monduntergang 5²⁴ B.
Sonnenuntergang 4²⁴ | Mondaufgang 12¹¹ B.
1806 Englischer Staatsmann William Pitt der Jüngere gest.
— 1845 Dichter Friedrich Schlegel de la Motte-Fouquet gest.
— 1916 Besetzung von Stutari durch österreichisch-ungarische Truppen.
— 1917 Deutsch-englisches Seegefecht in den Doofden.

Nach Ansicht russischer Offiziere haben Lenin und Trotski
sich in die Friedensverhandlungen mit Deutschland über-
haupt nur eingelassen in der Hoffnung, die russische Re-
volution werde sich inzwischen auf ganz Westeuropa, ins-
besondere auf Deutschland und Österreich-Ungarn aus-
breiten.

Diese Hoffnung, so sagen die russischen Offiziere, habe
sich nicht erfüllt. Nur die russische Armee ganz allein sei
bis zur Widerstandsfähigkeit demoralisiert und Rußland
nur als einzige Macht zum Frieden um jeden Preis
gezwungen.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist tatsächlich an
und hinter der russischen Front keinerlei Stimmung mehr
für die Fortführung des Krieges vorhanden. Der maxi-
malistische Plan, den Kampf in Gestalt eines heiligen
Krieges fortzuführen, wird als bloßer Bluff angesehen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 21. Jan. Die russische Zeitung „Wostok“
meldet, daß deutsche U-Boote bei Trapsunt Transport-
dammer mit russischen Truppen versenken. Die Meldung ist
eine höchstwillkürliche Erfindung, die zu dem Zwecke verbreitet wird,
die Friedensverhandlungen zu stören.

Middelburg, 21. Jan. Gestern nachmittag ging in der
Umgebung von Oost ein englischer Zerstörer nieder.
Der Zerstörer erklärte, er sei an einem Untergang auf Seebrücke
verwickelt gewesen. Er steckte die Maschine sofort nach der
Landung in Brand.

Die gesprengte Konstituante.

Kanonen und Gewehre im Parlament.

Petersburg, 21. Januar.

Gestern trat der Ausführliche Ausschuss der
Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu einer
außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß um halb
zehn Uhr abends die Auflösung der verfassunggebenden
Versammlung.

Mit diesem Beschluß ist die gesetzgebende Versamm-
lung, auf die man in Rußland so große Hoffnungen gesetzt
hatte, als endgültig aufgelöst zu betrachten. Das Er-
gebnis kommt denen nicht überraschend, die die Ent-
wicklung der inneren russischen Bewegung in den letzten
Wochen aufmerksam verfolgt haben. Die Maximalisten
wollten nur eine Regierung, die auf der Macht der
Soldaten, Arbeiter und Bauern beruht. Damit ist das
älteste Rußland nicht einverstanden. Der Zwiespalt, der
seit Wochen immer deutlicher in Erscheinung trat, ist
in der Konstituante zum vollen Ausbruch gekommen.

Der Verlauf der Sitzung.

Die Maximalisten, von vornherein entschlossen, der
Mehrheit ihren Willen aufzudrängen, hatten das Haus
militärisch besetzen lassen. Maximalistische Matrosen mit
aufgepflanztem Bajonett hielten in den Gängen Wache.
Am Eingang waren zwei Feldgeschütze aufgestellt. Namens
der Maximalisten wurde unmittelbar nach der Eröffnung
eine „Erklärung der Arbeiterrechte“ verlesen, die verlangt,
daß die russische Republik der Sowjets das Privateigen-
tum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer
Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter
bewaffnet und die mühsigen Klassen entworfen werden, daß
eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für
ungültig erklärt werden. Die Erklärung schließt:

Die Konstituante anerkennt, daß sie nach den Grund-
sätzen gewählt sei, die für die Oktober-Revolution geltend
waren, und sie sei daher folgerichtig nicht berechtigt, sich
gegen die Sowjet-Regierung aufzulehnen.

Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273
gegen 140 Stimmen, die Beratung der Erklärung der
Arbeiterrechte zu vertagen; daraufhin verließen die
Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre den
Saal. Die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten
nahmen trotz der Drohungen der bewaffneten Matrosen in
aller Eile ihre Maßnahmen betreffend den Grund und
Boden an sowie den Vorschlag, an die Kriegführenden Ab-
ordnungen zu schicken, um einen Weltfrieden herzustellen.
Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung durch die
Matrosen aufgelöst.

Streit um die Friedensverhandlungen.

Nach Berichten Schweizerischer Blätter kam es in
den Straßen Petersburgs zu blutigen Schlächten. Es
handelt sich um die Friedensverhandlungen. Nach denselben Quellen
kam es in der gesetzgebenden Versammlung zum Streit
über die Friedensverhandlungen. Ein Teil der Versamm-
lung wollte sich nicht mit der Art und Weise einverstanden
erklären, in der die Verhandlungen geführt werden.
Tschernow stellte fest, daß Rußlands Friedenswille bei
den Zentralmächten kein Echo gefunden habe, da die
Zentralmächte planten, einen Frieden auf Kosten Rußlands
zu schließen. Die Konstituante müßte die Rettung Ruß-
lands in der Einberufung einer internationalen Sozialisten-
konferenz suchen.

Annullierung der Staatsschulden.

Die Volkskommission haben dem Zentralschuss der
Sowjets einen Antrag zur Verfügung vorgelegt, der alle
Anleihen im Ausland als verfassungswidrig für ungültig
erklärt.

In englischen Unterhaus gab Bonar Law bekannt,
daß die Regierung den Umtausch gewisser russischer Schatz-
wechsel geregelt habe, falls diese notwendig werden. Es
sollen dafür 3%ige englische Staatsanleihen mit zwölfjähriger
Laufzeit zum Barfußkauf gewährt werden. Die Summe,
um die es sich handelt, beläuft sich auf 350 Millionen
Pfund.

Die Pariser Börsenkurse zeigen einen starken Rückgang
in russischen Werten, besonders Staatsrenten. Industrie-
werte sind bis 50 Prozent niedriger, Bankaktien un-
verkäuflich.

Obwohl die neuerliche Meldung vom russischen
Staatsbankrott von Reuters Manne, scheint sie diesmal
doch der Wahrheit zu entsprechen, wie die Nachrichten
aus London und Paris zeigen.

Der rumänische Gesandte verläßt Petersburg.

Russische Grenze, 21. Jan. Der rumänische Gesandte
in Petersburg Diamandi hat die Stadt verlassen.

Der Haftbefehl gegen König Ferdinand bestätigt.

Eine Petersburger Zeitung meldet, daß der Befehl
der Volksbeauftragten, den König von Rumänien zu ver-
haften, sich bestätigt. Der revolutionäre Ausschuss der
9 russischen Armeen sandte den rumänischen Militärbehörden
ein Ultimatum, in dem er freien Durchzug der russischen
Truppen durch Jassy verlangte.

Maximalistische Blätter melden aus Kischinow, daß
zahlreiche rumänische Abteilungen mit den maximalistischen
Abteilungen gemeinsame Sache machen und die Abmitt-
Kommandanten absetzen. Zwischen den regierungstreuen
und maximalistischen Truppen finden blutige Kämpfe statt.
Jassy wird von maximalistischen Truppen besetzt.

In Brest-Litowsk.

Keine Einigung in der Abstimmungsfrage —
Der Ukraine werden Grenzen gezogen — Kau-
kasus- und Alandsfragen — Trotski Reife nach
Petersburg — Die Kommission tagt weiter.

Brest-Litowsk, 18. Januar.

Nach zweitägiger Pause, hervorgerufen durch eine leichte
Erkrankung des Grafen Czernin, werden heute die Ver-
handlungen der Kommission zur Regelung der politischen
und territorialen Fragen wieder aufgenommen. Nach
Erledigung eines Nebenpunktes geht die Kommission
auf die

Besprechung der Abstimmungsfrage

über, d. h. über die Frage, in welcher Weise die Ab-
stimmung über die staatliche Zukunft derjenigen be-
festigten Gebiete erfolgen sollte, denen Rußland das Selbst-
bestimmungsrecht einräumt.

Deutscherseits wurde darauf hingewiesen, daß die von
der russischen Delegation hierfür beantragte Volksabstimmung
(Referendum) dem Entwicklungsstande der Bevölkerung
dieser Gebiete nicht entspreche und daß es richtiger wäre,
die in den fraglichen Territorien bestehenden Vertretungs-
körper durch Wahlen auf breiter Grundlage berufen zu er-
gänzen und zu erweitern, daß sie tatsächlich als Vertretung
der gesamten Bevölkerung angesehen werden könnten.

Demgegenüber bemerkte Herr Trotski, daß die russische
Delegation an ihrem Antrage festhalte, daß nur ein
Referendum über die staatliche Zukunft dieser Länder ent-
scheiden solle.

Die Grenzen der Ukraine.

Auf Einladung des Vorsitzenden legte General
Hoffmann eine Karte vor, welche die betreffenden Ein-
zeichnungen für das Gebiet zwischen der Ostsee und Brest-
Litowsk enthielt. Auf die Bemerkung, daß die südlich von
Brest-Litowsk liegenden Territorien in dieser Karte nicht
berücksichtigt seien, da hierüber Verhandlungen mit der
russischen Delegation schwebten, sah sich Herr Trotski zu
der Gegenklärung veranlaßt, daß der Prozess der Selbst-
bestimmung der Ukrainer noch nicht soweit gediehen, daß die
Frage der Abgrenzung zwischen Rußland und der neuen Re-
publik bereits als durchgeführt angesehen werden könnte.
Und als der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen De-
legation hier das Thema der durch die österreichisch-
ungarischen Truppen besetzten Gebiete zur Sprache brachte
und den Vorsitzenden der russischen Delegation um eine
Aufklärung darüber ersuchte, ob die hierauf bezüglichen
Verhandlungen mit der Petersburger Regierung oder, wie
dies die ukrainische Delegation wünsche, nur mit dieser
allein zu führen seien, erwiderte Herr Trotski, daß der
ukrainischen Delegation eine einseitige und selbständige
Behandlung dieser Frage nicht zuzugestanden werden könne.
Graf Czernin behielt sich die weitere Besprechung dieser
Frage bis nach der binnen kurzer Zeit zu erwartenden
Erklärung der Kompetenzfrage zwischen der russischen und
ukrainischen Delegation vor.

Kaukasus und Alandsinseln.

Im Laufe der Besprechung vom Vormittag eruchte
Staatssekretär v. Kühlmann um eine Aufklärung über das
Verhältnis des Kaukasus zur Petersburger Regierung.
Hierauf gab Herr Trotski nachstehende Auskunft: „Die
Kaukasus-Armee steht in vollem Umfange unter dem Be-
fehl von Borgeleuten, die dem Rats der Volkskommission
unbedingt ergeben sind.“

Eine weitere Frage des Staatssekretärs hatte die
Alandsinseln zum Gegenstande. Herr v. Kühlmann
führte dabei aus, die Alandsfrage sei für Deutschland
als einen der Mitunterzeichner des alten Vertrages be-
deutend. Zunächst sei die Vorfrage zu lösen, ob das
Alandsproblem nach wie vor von der Petersburger Re-
gierung behandelt werde, oder ob die jetzt von mehreren
Mächten anerkannte finnische Republik international als
zur Vertretung der die Alandsinseln betreffenden Fragen
berechtigt zu betrachten sei. Herr Trotski behielt sich eine
Antwort auf diese Anregungen für später vor.

Trotski Reife nach Petersburg.

Am Schlusse der Nachmittagsitzung erklärte Herr
Trotski, daß er aus innerpolitischen Gründen gezwungen
sei sich für die Dauer von etwa einer Woche nach Peters-
burg zu begeben. Da übrigens die Kommissionsverhand-
lungen zur vollen Durchberatung des Verhandlungsgegen-
standes in seinen Details geführt hätten, schloß er vor,
die Beratungen der politischen Kommission bis zum
29. d. Mts. zu vertagen. Mit seiner Abreise gehe die
Führung der russischen Delegation auf Herrn Joffe über.
Ebenfalls der Mittelmächte nahm man diese Erklärung zur
Kenntnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach Rück-
kehr Herrn Trotskis eine volle Einigung zu erzielen
sein werde.

Die wirtschaftliche Kommission, die heute unverbind-
liche vertrauliche Beratungen abhielt, hat ihre erste offizielle
Sitzung auf morgen vormittag 11 Uhr anberaumt.

Der deutsche Tagesbericht.

(Mittl. d. B. Z. N.)

Großes Hauptquartier, den 20. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ostende wurde von See her beschossen. Heftige Artillerie-
kämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstlich von Ypern
bis spät in die Nacht hinein an.

In beiden Seiten der Lys, am La Bassée-Canal sowie
zwischen Lens und St. Quentin hat die Gefechtsintensität
zugenommen. Mit besonderer Stärke lag englisches Feuer
tagsüber auf unseren Stellungen südlich von der Scarpe.

Die französische Artillerie war nur in wenigen Ab-
schnitten lebhaft. Feuersteigerung trat zeitweilig im Maas-
gebiet sowie nördlich und südlich vom Rhein-Marne-
Canal ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen

und

italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 21. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordöstlich und östlich von Ypern sowie an der Front

von Lens bis Ouchy hielt gehobene Artillerietätigkeit an.
Südlich von Boudhulle blieben bei Abwehr eines
englischen Vorküßes Gefangene in unserer Hand.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In einzelnen Abschnitten in der Champagne und zu
beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerie.

Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten
kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen
Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden 11 feindliche
Flugzeuge und ein Zerstörer abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front. Zwischen Wardar und Dojran-
See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der
Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorküßkämpfen, die
für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

italienische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Unsere tägliche U-Boot-Beute.

Amlich wird gemeldet: Im westlichen Teil des Zvert-
ederts um England fügten unsere rastlos tätigen U-Boote
den Gegnern einen Verlust von 19 000 Gr.-Reg.-To.
Handelschiffdraumet zu.

Die Mehrzahl der Schiffe wurde im Armel- und
St. Georgs-Kanal unter stürkster feindlicher Gegenwirkung
vernichtet. Unter den Schiffen befanden sich drei großer
Dampfer von über 4000 To. Ein Schiff konnte als der
englische Dampfer „Coluero“, der mit Kohlen nach Afrika
unterwegs war, festgestellt werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 20. Januar. Gines unserer U-Boote, Kom-
mandant Kapitänleutnant Diekmann, hat kürzlich sechs
durchweg bewaffnete Dampfer mit rund 32 000 Gr.-Reg.-
To. vernichtet. Die Mehrzahl der Schiffe wurde in der
Tirrenischen See teils einzeln, teils in Geschwärgen unter star-
ker Zerstörung fahrend, abgeschossen. Unter ihnen ein etwa
12 000 Tonnen großer Dampfer ähnlich dem Riese der
White Star Linie.

Ein Truppentransport versenkt.

Sunehmende U-Boot-Gefahr.

Amlich wird gemeldet: Neue U-Boote-Erfolge im öst-
lichen Mittelmeer: Vier Dampfer und ein Zerstörer mit rund
25 000 Gr.-Reg.-To. Gines unserer U-Boote versenkte in
Sicht der tripolitanischen Küste den voll besetzten bewaffneten
italienischen Truppentransportdampfer „Regina Elena“
(2910 Gr.-Reg.-To.); Geschützfeuer vom Land vermachte
nicht, das U-Boot an der planmäßigen Durchführung seines
Angriffs zu hindern. Auch die übrigen vernichteten Dampfer
waren wegen ihrer Größe und Ladung besonders wertvolle
Angriffsobjekte; sie befanden sich fast alle auf dem Wege
nach dem Orient und fuhren sämtlich unter starker Be-
deckung.

Unter ihnen konnte der bewaffnete tiefbeladene eng-
lische Transportdampfer „Spiraea“ (3620 Gr.-Reg.-To.)
festgestellt werden, der in gut durchgeführtem Angriff auf
einem stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen wurde.
Von den anderen beiden Dampfern war einer englischer
Nationalität, bewaffnet und nach den Holzsaubanten, zahl-
reichen Booten und Rettungsflößen zu urteilen, ein
Truppentransporter, der andere ein großer Dampfer, an-
scheinend der B. u. D. — oder White Star-Linie mit
Sprengstoffladung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Unsicherheit der Schifffahrt im Mittelmeer infolge
der Tätigkeit unserer U-Boote hat die Gegner zu immer
neuen Schutzmaßnahmen veranlaßt. Die Fahrstrafen
führen dicht unter der Küste. Der Verkehr auf ihnen
spielt sich vorwiegend in der Dunkelheit ab, während bei
Tage die Handelschiffe in den Häfen liegen. Diese Maß-
nahmen haben neben großem Zeitverlust auch eine Zu-
nahme der Strandungen und Beschädigungen zur Folge.
Unsere U-Boote kommen daher häufiger in den Bereich
der Landbesatzungen, die deren Arbeit zu stören ver-
suchen. Der obengemeldeten Batterie an der Küste von
Tripolis ist es ebenso wenig gelungen, den Truppen-
transportdampfer zu retten, wie es der Batterie bei Cap
San Vito auf Sizilien, deren Niedertampfung durch ein
U-Boot kürzlich bekannt wurde, nicht gelang, einem U-Boote
keine Beute zu entreißen.

Die U-Boote, der entscheidende Faktor.

Die englische Wochenschrift „Nation“ schreibt in ihrer
letzten Nummer: Die Versenkungen großer Schiffe halten

sich auf dem hohen Durchschnitt, der neuerdings zu bemerken ist, und passen schlecht zu den britischen und französischen Versicherungen, nach denen der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ein Fehlschlag sein soll. Die jüngere Schule der Admiralität hofft, den U-Boot-Krieg auf viel beschwerendere Maße zurückzuführen zu können, und es wird interessant sein, zu beobachten, wie sie das anfangt; noch viel beruhigender aber wäre es, wenn man auch die Negierung die Bedeutung dieser Frage erfassen läßt. Bisher scheint ihr der U-Boot-Krieg nur einer der „bestimmenden“ Faktoren zu sein; wir sind demgegenüber nach wie vor der Ansicht, daß er der Faktor der ganzen militärischen Lage überhaupt sei.

Verbandskriegsrat über Saloniki.

Der Kriegsrat von Versailles erörterte dieser Tage eine Denkschrift, die nach französischen Zeitungen die Zurückziehung der Truppen aus Saloniki dringend empfiehlt. Die englischen Vertreter lehnten sich für den Vorschlag gar nicht an. Auch Amerika lebte ab. Teile seiner Truppen nach Saloniki geben zu lassen.

Lloyd George an die Arbeiter.

Neue Erklärungen über Englands Kriegsziele.

In der Rede, die Lloyd George an die Vertreter der Arbeiter zur Begründung der Erhöhung der Altersgrenze für die militärische Dienstpflicht auf 56 Jahre hielt, kam er auf eine Anfrage auch auf die Freiheit des Meeres zu sprechen. Er führte dabei aus, daß England sich vor einer Störung seines Küstenschutzes und seiner Handels-schiffahrt schützen müsse. Dann sagte er über die Kriegsziele des Verbandes:

Durch die Vorgänge in Rußland ist eine einheitliche Verbandsverfassung unmöglich geworden. Die Verhandlungen sind durch die Forderungen der früheren russischen Regierung schwierig geworden, weil die Verbündeten ohne Zustimmung Rußlands Konstantinopel als Kriegsziel nicht fallen lassen konnten.

Zum Schluß gab der Premierminister noch Auskunft über seine Erklärung hinsichtlich Elia-Vorbringens.

Für Frankreich war Elia-Vorbringen 40 Jahre lang eine offene Wunde. Die Ansicht Frankreichs ist, daß es keinen Frieden gibt, ohne daß diese Frage ein für allemal erledigt ist. Das soll Elia-Vorbringen hat nie aufgehört zu klagen und es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit für Rückkehr unter französische Flagge ist.

Zum Schluß meinte Lloyd George, Englands Arbeiter müßten durch den Sieg dafür sorgen, daß der Dienstpflicht in den anderen Ländern ein Ende gemacht werde, dann könne sie auch in England beseitigt werden.

Schlusssdienst.

Dreht- und Karzeipendenz-Verordnungen.

Dr. Friedberg Bevollmächtigter zum Bundesrat.

Berlin, 21. Jan. Wie der Reichsanzeiger meldet, wurde der Vizepräsident des Staatsministeriums Staatsminister Dr. Friedberg zum Bevollmächtigten Preußens beim Bundesrat ernannt.

Das Attentat auf Lenin.

Kopenhagen, 21. Jan. Über das mißglückte Attentat auf Lenin wird noch bekannt, daß Lenin mit dem Sozialistischen Pakt nach dem Smolny-Institut fuhr, als eine verummante Person acht Nebelgeschosse auf ihn abschoß. Als der erste Schuß fiel, brach Lenin mit seinem Leibe und zwang ihn, sich auf den Boden des Autos zu werfen. Dadurch entging Lenin dem Tode, während Blaten verwundet wurde.

Gewalttaten der Bolschewiki.

Amsterdam, 21. Jan. Der „Nieuwe Noordhollandsche“ entnimmt die „Times“ Besondere für die Gewalttätigkeit, mit der die Bolschewiki bei den Wahlen für die Verfassungsausschüsse

Vertonung zu Werke gegangen seien. Im Bezirk Krasnoj leiten bolschewistische Soldaten in die Dörfer eingebrungen und hätten gedroht, jeden zu ermorden, der gegen die Bolschewiki-Kandidaten stimmen würde.

Kassen und Rumänen im Kampf.

Russische Grenze, 21. Jan. In der Moldau sind die ersten Zusammenstöße zwischen russischen und rumänischen Truppen erfolgt. Rings um Jassi wird gekämpft. Krutenko steht an der Spitze der maximalistischen Truppen.

Kämpfe in Schweden.

Stockholm, 21. Jan. Ukrainische Truppen trafen Anstalten, um sich der von den Maximalisten besetzten Städte Zug und Korono zu bemächtigen. Es ist wahrscheinlich, daß es hier zu heftigen Kämpfen kommen wird. Im Süden gewinnen die Kämpfe zwischen ukrainischen Truppen und Maximalisten an Ausdehnung. Die maximalistische Mannschaft eines kleinen Kreuzers hat ihre Drohung wahrgemacht und beschloß die ukrainischen Stellungen mit Schiffsgechützen.

Bürgerkrieg in Wladivostok.

Petersburg (Indirekt), 21. Jan. „Dien“ meldet aus Wladivostok, daß dort maximalistische und sowjetistische Truppen im Kampf stehen. Es wurden 600 japanische Matrosen gelandet.

Ministerischwindsticht.

Stockholm, 21. Jan. „Dien“ meldet, daß die in der Peter-Pauls-Kathedrale sitzenden russischen Minister sich in trauertägiger Lage befinden und schwer erkrankt seien. Fast alle hätten an der Lungenischwindsticht.

Englische Arbeiterräte.

Rotterdam, 21. Jan. Wie aus London berichtet wird, haben sich in mehreren englischen Industriestädten Arbeiterräte gebildet, die die Arbeiter mit Waffen versehen und in Schießen ausbilden. Die bedeutendsten dieser Arbeiterräte befinden sich in Liverpool, Nottingham und Battersea.

Weibliche Dienstpflicht.

Sankt, 21. Jan. Laut „Dalla Telegramm“ befaßt sich die englische Regierung mit dem Plane, die weibliche Dienstpflicht obligatorisch durchzuführen, da die Bevölkerung der Frauen, die während der an die Front gebenden Arbeiter auszufüllen, sehr viel zu wünschen übrigläßt. Wahrscheinlich soll dieser Frauenpflicht eine Ergänzung zur neuen Heeresverfassung bilden.

Caillaud lehnt die Unterschrift ab.

Genf, 21. Jan. Man weiß, daß Caillaud von Clemenceau verfolgt wird, weil er dunkle Dinge über den jenseitigen Ministerpräsidenten weiß. Im Florentiner Schloß bewachte er sogar ein Attentat über die Beziehungen Clemenceaus zu dem Panamaschwindler Cornelius Herz auf. Bei seiner gefestigten Vernehmung wurden Caillaud die in Florenz vorgefundenen Schriftstücke vorgelegt. Das Attentat über Clemenceau sollte. Darum lehnte Caillaud die Unterschrift des Protokolls ab.

Eine französische Militärmission in Rom.

Zürich, 21. Jan. An den letzten beiden Sitzungen des Kriegsrates in Rom nahm auch der Oberbefehlshaber der italienischen Truppen General Diaz teil. Ferner meinte in Rom eine französische Militärmission, die bereits mehrere wichtige Unterredungen mit verschiedenen Regierungsoffizieren hatte.

Die Carrall-Affäre.

Genf, 21. Jan. Nach Züricher Blättern dürfte sich unmittelbar an die Carrall-Affäre die noch gefährliche Aufsehen erregende Carrall-Affäre anschließen. Die französische Regierung sei im Besitz von Dokumenten, durch die Carrall auf schwerste belastet werde.

Japan rüstet.

Bern, 21. Jan. Der Schweizer Bretelegraph erzählt aus Tokio, die Militärbehörden hätten ein neues Programm auf, wodurch die Heereskräfte auf 25 Armeekorps gebracht werden. Jedes Armeekorps wird zwei Divisionen zu je drei Regimentern umfassen, so daß die japanische Armee zukünftig 50 Divisionen statt wie bisher 25 zählen wird.

Bekanntmachung.

Rassanischer Zentralwohlfonds.

Wirtliche Stiftung für arme Waisen.

Im Frühjahr 1918. Es gelangen die Zinsen des Wirtlichen Stiftungskapitals von 20.000 Mark aus dem Rechnungsjahr 1917 im Betrage von 800 Mark zur Verteilung.

Nach dem Testament des verstorbenen Landesdirektors a. D. Wirt sollen die Zinsen einer gering bemittelten Person (männlichen oder weiblichen Geschlechts), die früher für Rechnung des Zentralwohlfonds verpflegt worden ist und die sich seit Entlassung aus der Waisenversorgung stets untadelhaft betragen hat, frühestens fünf Jahre nach dieser Entlassung als Ausstattung oder zur Gründung einer bürgerlichen Niederlassung zugewendet werden.

Die an den Landesoberhauptmann zu Wiesbaden zu richtenden Bewerbungen müssen Angaben enthalten:

- 1) über den bisherigen Lebenslauf des Bewerbers oder der Bewerberin, namentlich seit Entlassung aus der Waisenversorgung;
- 2) über deren bürgerliche Beschäftigung;
- 3) über die geplante Verwendung der erbetenen Zuwendung im Sinne der Stiftung.

Man sind amtliche Bescheinigungen über die seitliche Beschäftigung und Führung der Bewerber und Bewerberinnen, sowie Zeugnisse der seitlichen, insbesondere des letzten Arbeitgeber, beizufügen.

Ich ersuche um Bewerbungen mit dem Hinweis, daß nur solche, die vor dem 1. März 1918 eingebracht, berücksichtigt werden können.

Wiesbaden, den 3. Januar 1918.

Der Landesoberhauptmann.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 21. 1. 1918. Der Bürgermeister.

Calchenlampen und Batterien

Isolierflaschen

zum Warmhalten von Getränken

Benzin in Flaschen

Einkochdosen

Heidebesen das Stück zu 40 Pfg.

empfiehlt

Josef Schwan, Hachenburg.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 22. Januar.

Nach der Schneeschmelze Mitte voriger Woche ist gelindes Wetter vorherrschend. Der vergangene Sonntag war klar und mild, so daß es schien, als ob der Frühling schon seinen Einzug gehalten habe. Auch der gestrige und heutige Tag war durch trockenes und mildes Wetter ausgezeichnet. Bei einem Gang durch die Fluren fällt der selten schöne Stand des Winterkorns auf, das ausgezeichnet bis jetzt durchgekommen ist und wie ein auf die Acker ausgebreiteter saftiger Teppich aussieht. Die empfindliche Kälte im vergangenen Dezember hat in hiesiger Gegend keinen Schaden an den Winterkornen angerichtet, da diese ja auch die längste Zeit von einer dicken Schneehülle eingehüllt waren. Wenn uns auch noch viele Wintertage bevorstehen, so braucht es keinem zu bangen, denn die Hauptkornzeit dürfte doch hinter uns liegen. Es trat zwar im vorigen Jahre gar in den ersten drei Monaten die stärkste Frostperiode auf, dieses Jahr dagegen kamen die kalten Tage bereits vor Weihnachten, so daß wir auf einen gelinden Winter rechnen können.

3. Zug der Besserungen treten mit dem 1. Februar d. Js. an Sonn- und Feiertagen auf der Westwallbahn in Kraft. Während die Züge an Wochentagen in derselben Zahl verkehren und die Abfahrtszeiten die gleichen bleiben, sind für die Sonn- und Feiertage in der Richtung Vimbura-Hachenburg und umgekehrt je zwei Züge eingelegt. Die Abfahrt von Station Hachenburg ist folgende: Richtung Vimbura: 8.48 vormittags und 3.59 nachmittags; Richtung Altenkirchen: 10.33 vormittags und 5.44 nachmittags. Diese Züge haben sowohl in Vimbura als auch in Altenkirchen Anschlüsse an die dort weiter fahrenden Züge.

Altsiedel, 21. Jan. Der Vizefeldwebel in einem Artillerieregiment Christian, Sohn unseres verstorbenen Bürgermeisters Christian, ist zum Leutnant der Reserve befördert worden. Herr Leutnant Christian ist schon seit längerer Zeit Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Vimbura, 21. Jan. Während der Fahrt sprang in dem nach Siegen fahrenden Zuge eine Abteil auf, wobei der zweijährige Sohn des Lokomotivführers Hahn aus Siegen hinausfiel. Die Mutter sprang dem Kind nach. Beide gerieten unter die Räder. Dem Kind wurde ein Arm abgefahren, die Mutter trug lebensgefährliche Verletzungen am Kopfe davon.

Wiesbaden, 21. Jan. Der Magistrat hat beschlossen, allen Haushaltungen, Hotels, Pensionen und Anstalten, die mit Kartoffeln über Mitte Mai hinaus versorgt sind, diese Menge wieder abzunehmen, um daraus die nicht versorgte Bevölkerung mit Kartoffeln laufend versorgen zu können, da seit dem 1. Dezember vorigen Jahres bis heute Kartoffeln an die Stadt nicht mehr geliefert wurden.

Aus dem Rheingau, 21. Jan. Zur planmäßigen Bekämpfung der im Rheingau wieder überhand nehmenden Wildschweinplage stellen die Militärbehörden nunmehr den einzelnen Gemeinden ständige Militärkommandos geübt und im Wildschweinfang erfahrener Jäger zur Verfügung. Die Bestellung und Unterhaltung dieser Kommandos geschieht vorerst auf Staatskosten.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölz in Hachenburg.

Zum Beiken des Vaterländ. Frauenvereins

findet am Samstag, den 26. Januar d. J., abends 8 1/2 Uhr im neuen Saale des Hotels „Zur Krone“ in Hachenburg ein

Lichtbildervortrag

des Herrn Dr. med. Niebes über

Die Bekämpfung der Lungentuberkulose

statt. 53 Lichtbilder. Eintrittspreis 50 Pfg.

Nummerplätze zu 1 M. im Vorverkauf bei Herrn Friseur Josef Adam erhältlich.

Kalender 1918.

Friedenskalender, Pennes

Familien- und Lohnrechts

Dorfkalender

noch einige Stücke vorrätig

Wandkalender und Block

vergriffen!

Neu eingetroffen:

Willstein's 50 Pfg.-Bücher

verschiedene neue Romane

Illustrierte Kriegsbücher.

Feldpostschachteln

in allen Größen.

Buchhandl. Th. Kirchhölz

Hachenburg.

Frostbalsam

bester Frostschutz

schnell wirkend bei Frost an

Händen, Füßen und Ohren,

in Flaschen und in Tuben

empfehlen

Karl Tasbach, Drogerie,

Hachenburg.

Goldene Damenuhr

am Samstag abends in Hachenburg

verloren.

Gegen gute Belohnung in der

Geschäftsstelle d. Bl. abgegeben.

Suche ehrliches Dienstmädchen

2 Personen. Rab. Gehalt!

8-10-Stück

Speiseöl-Kannen

zu verkaufen. Wo, jagt

die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein fast neuer

Kuhwagen

zu verkaufen bei v. e. und

Gain in Runder.

Karl Baldus, Hachenburg.

Särge

von den einfachsten bis zu

feinsten Ausführungen in jeder

Preislage. — Ueberführungen

per Kiste und Bahn.

Leichenwäsche aller Art

ist vorrätig.

Zahn-Praxis

Marienberg.

Vom Militär entlassen, habe ich meine

Sprechstunden wieder aufgenommen:

Werktags 9-1 und 3-7 Uhr,

Sonntags nur 10-2 Uhr.

Otto Bockeloh, Dentist.